

Für eine wehrhafte Demokratie

Beschluss des Präsidiums der CDU Deutschlands

31. August 2020

1 **Für eine wehrhafte Demokratie**

2

3 Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude ist das Zentrum unserer Demokratie. Es ist
4 ein offenes und transparentes Parlament. Mehrere Millionen Besucherinnen und Besucher
5 in jedem Jahr sind dafür ein sichtbares und eindrucksvolles Zeichen. Diese Offenheit gilt es,
6 gegen die Feinde unserer Demokratie zu verteidigen.

7

8 Unser Land ist ein starker, freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat. Anders als in
9 Diktaturen oder autokratischen Systemen hat jeder Bürger das Recht, seine Meinung frei zu
10 äußern. Insbesondere das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Um diese Freiheiten zu
11 schützen, müssen wir mit aller Konsequenz gegen diejenigen vorgehen, die diese hohen
12 Güter missbrauchen.

13

14 Die Demonstranten, die versucht haben, den Reichstag zu stürmen, haben ihr Recht auf
15 Meinungs- und Versammlungsfreiheit missbraucht und durch ihr unrechtmäßiges Vorgehen
16 politische Hetze und demokratiefeindliches Verhalten ins Zentrum gerückt. Rechtsextreme
17 haben dies befeuert und für ihre Zwecke ausgenutzt. Das war ein verstörendes,
18 verabscheuungswürdiges Ereignis.

19

20 Wir stellen uns mit aller Macht und allen Mitteln unseres Rechtsstaats gegen gewaltbereite,
21 extremistische Feinde unserer Demokratie.

22

23 Nur dank des besonnenen, mutigen und entschlossenen Handelns der Polizistinnen und
24 Polizisten vor Ort konnte die schwierige Lage entschärft werden. Es sind unsere
25 Einsatzkräfte, die durch ihre tägliche Arbeit im ganzen Land einen großen Dienst für unsere
26 Demokratie und unseren Rechtsstaat leisten. Dafür sprechen wir ihnen unseren Dank aus.

27

28 Wir stehen fest an der Seite der Einsatzkräfte, die alle Anstrengungen unternehmen, um
29 Freiheit, Demokratie und Sicherheit zu verteidigen. Um die Wehrhaftigkeit unseres
30 Rechtsstaates weiter zu stärken, setzen wir auf einen Dreiklang aus mehr Personal, einer
31 besseren Ausstattung und zeitgemäßen Kompetenzen bzw. Befugnissen unserer
32 Sicherheitsbehörden. Während wir in den ersten beiden Feldern schon viel erreicht haben,
33 brauchen wir im Bereich der Kompetenzen und Befugnisse dringend noch eine Anpassung.

34

35 Unsere Einsatzkräfte stehen mit ihrer Arbeit und oft auch mit ihrem Leben für unseren
36 Rechtsstaat, unsere Gemeinschaft und unser aller Sicherheit ein. Dabei werden sie
37 zunehmend selbst Opfer. Um diejenigen besser zu schützen, die uns schützen, wollen wir
38 bei tätlichen Angriffen die Mindeststrafe auf sechs Monate Haft anheben.

39

40 Die Online-Vernetzung der Feinde unserer Demokratie nimmt weiter zu. Es ist noch nicht
41 hinreichend und schnell genug klar, wer welchen Einfluss auf welche Gruppen ausübt und
42 welche Vernetzung zwischen Rechtsextremen, QAnon und anderen Gruppen besteht. Hier
43 müssen die erforderlichen Mittel für Aufklärung bereitgestellt werden.

44

45 Verbrecher, Extremisten und Terroristen vernetzen sich zur Vorbereitung schwerwiegender
46 Straftaten und Anschläge mit modernen Kommunikationsmitteln. Um solche Bedrohungen
47 rechtzeitig erkennen und den technologischen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts wirksam
48 begegnen zu können, benötigen unsere Sicherheitsbehörden exzellentes Knowhow und die
49 beste Technik. Die klassische Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) ist angesichts des
50 veränderten Kommunikationsverhaltens und der Nutzung moderner
51 Kommunikationswerkzeuge jedoch nicht geeignet, Tatvorbereitungen und Täterstrukturen
52 aufzuklären. Daher müssen die jeweiligen Sicherheitsbehörden auch über die Instrumente
53 der Online-Durchsuchung und der Quellen-TKÜ sowie der forensischen Systemkopie von
54 Zielgeräten verfügen können.

55

56 Für die Speicherpflicht von Telekommunikations-Verkehrsdaten brauchen wir eine
57 rechtssichere Lösung, um schwere Straftaten besser verfolgen zu können (sogenannte
58 Vorratsdatenspeicherung). Manche Straftaten, insbesondere im Bereich der sexuellen
59 Gewalt gegen Kinder, lassen sich nur über den Zugriff auf solche Daten aufklären. Im Kampf
60 gegen Terroristen sind sie oftmals das entscheidende Mittel, um Anschläge zu verhindern.

61

62 Nur wer sich sicher fühlt, kann in Freiheit leben. Deshalb ist es die Pflicht unseres Staates,
63 die Menschen in Deutschland zu schützen und Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten.
64 Daher fordern wir die anderen Parteien auf, uns bei der Umsetzung dieses
65 Maßnahmenpaketes für eine wehrhafte Demokratie zu unterstützen.